

Sahra Wagenknecht gilt mit ihren radikalen Ansichten als eine der kontroversesten Politikerinnen des Landes. Die stellvertretende Parteivorsitzende der Linken hält es für zynisch, sich über Krisen zu freuen, doch seit dem Finanzcrash und der drohenden Zahlungsunfähigkeit Griechenlands finden linke Ideen auch in der breiten Bevölkerung immer mehr Zustimmung.

Frau Wagenknecht, sind Sie manchmal dankbar für die Wirtschaftskrisen der letzten zwei Jahre?
SAHRA WAGENKNECHT Für Krisen darf man nie dankbar sein, das wäre zynisch. Es verschafft einem natürlich eine gewisse Bestätigung, wenn man Dinge vorhersagt, die dann auch eintreten. Aber froh bin ich darüber nicht. Eher traurig, dass so wenig Schlussfolgerungen aus dem Crash von 2008 gezogen wurden.
Warum haben die Menschen so viel Angst vor Ihrer Politik?
 W Weil sie oft falsche Vorstellungen von dem haben, was ich oder was Die Linke tatsächlich will. Wer die Assoziation hat, Sozialismus bedeutet zurück zur DDR, den kann ich mit seiner Sorge durchaus verstehen. Eine vernünftige Alternative zum Kapitalismus sieht natürlich nicht aus wie die gescheiterte Vergangenheit. Der Kapitalismus wiederum ist längst nicht mehr besonders populär. Viele Menschen haben Angst davor, wie sich die schon wieder beginnende Krise auf ihre Arbeitsplätze auswirkt. Wenn sie ein bisschen Vermögen zusammengespart haben, sind sie in Sorge, was aus diesem Geld wird. Der Staat ist zunehmend nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben in Sachen Bildungssystem, Alterssicherung oder Gesundheitsversorgung zu erfüllen. Die Verhältnisse in all diesen Bereichen sind desolat, außer, wenn man genug Geld hat, privat vorzusorgen. Viele Menschen haben deshalb Lebensängste.
Und warum zeigt sich das nicht in gleichem Maße in den Wahlergebnissen Ihrer Partei?
 W Viele verbinden mit der Linkspartei und

auch mit mir Dinge, die wir überhaupt nicht vertreten. Als das Meinungsforschungsinstitut Allensbach einmal die Zustimmung zu politischen Aussagen abfragte, ohne zu sagen, von wem die stammten, hatten wir Zustimmungsquoten von 60-70 Prozent. In dem Moment aber, wo klar wird, das ist die Position der Linkspartei, herrschen oft diffuse Ressentiments. Diese Vorurteile sind seit der Parteigründung 2007 weniger geworden. Viele Politiker in unseren Reihen waren früher in der SPD, beispielsweise unser Parteivorsitzender Klaus Ernst oder der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Uli Maurer. Sie hat wohl niemand im Verdacht, sie würden demnächst die Schippe in die Hand nehmen und in Deutschland wieder eine Mauer bauen. Aber die Medien heften uns trotzdem immer wieder dieses DDR-Etikett an, und das ist nicht wirkungslos.
Warum hat der Sozialismus trotz allem noch nirgendwo funktioniert?
 W Das, was ich unter Sozialismus verstehe, wurde so überhaupt noch nie versucht. Alle bisherigen Versuche waren von der Auffassung geprägt, man müsse Marktprozesse außer Kraft setzen und die Wirtschaft zentral planen. Auch das politische Modell war hoch zentralisiert. Das hatte natürlich auch damit zu tun, dass der erste Versuch zur Überwindung des Kapitalismus in Russland gestartet wurde. Also in einem Land, in dem es keine demokratische Tradition gab. Nicht die Oktoberrevolution hat dort die Demokratie abgeschafft, sondern es gab nie eine. Das hat das sowjetische Modell geprägt, das nach dem II. Weltkrieg auch auf Osteuropa übertra-

gen wurde. Ich glaube auch nicht, dass man Märkte abschaffen sollte. In Bereichen wie Gesundheit und Bildung, dort also, wo es um elementare Lebensbedürfnisse geht, haben Märkte wirklich nichts zu suchen. In anderen Bereichen haben sie eine wichtige Funktion, die sich nicht durch Planung ersetzen lässt.
Sie wollen den Kapitalismus durch einen wettbewerbsfähigen Sozialismus ersetzen und finden, dass sich Leistung wieder lohnen muss. Das klingt nicht nach dem Prinzip von Freiheit und Gleichheit für alle...
 W Das Leistungsprinzip ist doch sehr gerecht. Wenn Menschen etwas leisten, sollten sie dafür etwas bekommen. Dieses Versprechen löst der Kapitalismus aber nicht ein. Die individuell größten Einkommen stammen heutzutage aus ererbtem Vermögen – aus Unternehmensanteilen, großem Immobilienbesitz oder Aktienpak-

ten –, während Arbeitsleistung immer schlechter bezahlt wird. Die tatsächlichen Leistungsunterschiede zwischen Menschen sind nicht so groß, um zu rechtfertigen, dass der eine 300 Millionen Euro einstreicht, während ein anderer für 800 Euro netto malocht. Eine wirkliche Leistungsgesellschaft ist eine gleichere Gesellschaft als die heutige, aber keine Gleichmacherei. Denn jede Gesellschaft braucht Anreize. Ausnahmeleistungen können auch außerordentlich bezahlt werden. Jemand, der einen wirklichen Durchbruch in der Krebsforschung erzielt, kann meinetwegen Millionen verdienen. Aber was ist die Leistung der Sprösslinge aus den Unternehmersdynamien Haniel oder Quandt? Auch wenn diejenigen, die die volkswirtschaftliche Substanz tagtäglich aufs Spiel setzen – nämlich die Zocker auf den Finanzmärkten –, letztlich die höchsten Bezüge erhalten, ist etwas faul.

Sie fordern, Bereiche wie Gesundheit, Energie oder Transport gehören verstaatlicht. Bisher standen Staatsunternehmen nicht gerade im Verdacht, besonders innovativ und kosteneffizient zu wirtschaften...
 W Die Legende vom offenen Markt und der Wettbewerbsgesellschaft ist in diesen Bereichen doch eine Farce. Die Privatisierungspostel predigen seit Jahren, wir machen jetzt Wettbewerb bei Wasser, Energie oder beim Bahnverkehr. Wo ist denn da wirklicher Wettbewerb? Im Energiesektor beispielsweise hat man formal die Möglichkeit, zwischen mehreren Anbietern zu wählen, doch was heißt das? Über 80 Prozent der Energieerzeugung liegt in der Hand von vier Giganten. Im Einzelhandel beherrschen fünf große Unternehmen 85 Prozent des Marktes und können ihren Zulieferern und Kunden die Preise diktieren. Die unsichtbare Hand des Marktes, die laut dem Ökonomen und großen Verfechter des freien Wettbewerbs Adam Smith den Egoismus mit dem Gemeinwohl versöhnen soll, funktioniert in solchen Bereichen längst nicht mehr. Damit gibt es aber auch keine Rechtfertigung für privates Wirtschaftseigentum. Deshalb brauchen wir Alternativen dazu.
Wie sähen die aus?
 W Bei mittleren oder größeren kommerziellen Unternehmen wäre es sinnvoll, sie der Belegschaft zu übergeben. Denn im Gegensatz zu Familienerben, Aktienbesitzern oder Private-Equity-Heuschrecken sind es die Beschäftigten, die den Reichtum eines Unternehmens erwirtschaften. Bei der Weitervererbung von Unternehmen zum Beispiel sollte das Betriebsvermögen in Stiftungen eingehen, die den Belegschaften gehören. Dabei sollten Anteile weder veräußert noch Gewinne ausgeschüttet werden dürfen. Letztere blieben damit im Unternehmen und könnten investiert werden. Die Motivation, Gewinn zu erwirtschaften, bliebe so zwar erhalten. Beseitigt würde aber ein Renditestreben, das nicht von Investitionserfordernissen getragen wird, sondern von dem Bedürfnis, möglichst viel Geld aus den Unternehmen herauszuziehen. In dem Augenblick, wo Ausschüttungen verboten sind, wird der Gewinntrieb auf das reduziert, was ein Unternehmen zum Investieren braucht, und in dem Rahmen ist er ja vernünftig.
Sie haben in Interviews oft erwähnt, dass man als Berufspolitiker fast keine Zeit mehr für Kreativität und Visionen hat.



+++ INTERNET
DEMOKRATIE IN EUROPA
ATOMAUSSTIEG
ENDE DER APARTHEID
IN SÜDAFRIKA
GUERRILLA GARDENING
WINDKRAFT
BUNDESKANZLERIN
LADY GAGA
BIOTONNE
§ 218A

+++

Seit 32 Jahren berichtet die taz über das gute Leben und ist wie nebenbei selbst ein Teil davon geworden. Entdecken Sie die gedruckte Ausgabe fünf Wochen lang für 10 Euro im Probeabo. Das e-Paper der taz erhalten Sie einen Monat lang für 10 Euro im digitalen Abo.
T (0 30) 25 90 25 90 | abo@taz.de
www.taz.de/abo



Wer soll Ihren „kreativen Sozialismus“ umsetzen?

W Ich sage nicht, dass man automatisch verblödet, wenn man in der Politik arbeitet, die Gefahr ist nur relativ groß. Deshalb gehört zu meinem Gesellschaftskonzept auch eine Veränderung der Politik. Dieses Gehetze von einem Termin zum nächsten zerstört jede Kreativität. Man braucht Freiräume, um eigenständige Gedanken zu entwickeln. Ansonsten macht man sich abhängig von externen Ideengebern, und wenn diese dann aus der Wirtschaft stammen, ist klar, was dabei heraus kommt. Ich finde, dass in einer wirklichen Demokratie das Politikerdasein von sinnlosen, endlosen Sitzungsterminen entlastet werden muss.

Ihr aktuelles Buch heißt „Freiheit statt Kapitalismus“, und auch Ihre Partei spricht davon, dass wirkliche Freiheit nur durch Sozialismus zu erreichen sei. Wie sähe diese Freiheit konkret aus?

W Zur Freiheit gehört ganz wesentlich, dass man sein Leben planen kann, und das setzt soziale Absicherung voraus. Und zur Freiheit gehört auch eine gelebte Demokratie, die Möglichkeit, Einfluss auf gesellschaftliche Entscheidungen nehmen zu können. Heute dagegen werden politische Entscheidungen zunehmend von wenigen Wirtschaftsunternehmen und großen Banken diktiert, und das spüren die Menschen. Bei der Euro-Rettung beispielsweise sollen die Abgeordneten möglichst wenig dazwischenreden, weil das ja die Finanzmärkte verunsichere. Das ist eine Bankrotterklärung einer Demokratie.

Und wovon wären Sie privat gerne befreit?

W Ich hätte gerne wesentlich mehr Zeit, um zu lesen, nachzudenken, zu schreiben, wissenschaftlich zu arbeiten. Mir macht es Spaß, mathematische Modelle zu entwickeln. Der Reiz, der davon ausgeht, die Lösung eines kniffligen Gleichungssystems zu finden, mag vielen fremd sein, für mich ist es spannender als ein guter Krimi. Ich liebe es außerdem, Sport zu machen, zu joggen oder Fahrrad zu fahren. In Sitzungswochen des Bundestages, in denen man morgens um acht Uhr das Haus verlässt und, wenn es gut läuft, gegen 22 Uhr nach Hause kommt, fällt das alles weg. Haben Sie manchmal Angst, dass es Ihnen passieren könnte, dass Sie den Rest Ihres Lebens im Kapitalismus verbringen?

W So wie der sich zur Zeit aufführt, wird diese Angst immer kleiner. Die Frage aber

”
Zur Freiheit gehört ganz wesentlich, dass man sein Leben planen kann, und das setzt soziale Absicherung voraus.
“

ist, in welche Richtung sich die Gesellschaft verändert. Wovor ich wirklich Angst habe, ist, dass wir einen radikalen Demokratieabbau und ein vehementes Erstarken nationalistischer und neofaschistischer Kräfte erleben werden. Denn nicht nur in Ungarn, wo die Demokratie im Grunde abgeschafft ist, sondern auch in vielen anderen Ländern erleben wir diesen Trend. Die Rechten und Rechtspopulisten profitieren davon, dass viele Menschen frustriert sind und das heutige Europa vielfach als gegen ihre Interessen gerichtet empfinden. Solche Entwicklungen machen mir Angst. Dass alles so bleibt wie es ist, glaube ich dagegen nicht.

Haben Sie jemals daran gedacht, der Politik den Rücken zu kehren?

W Wenn die Balance zwischen Schreiben, Lesen und politischer Arbeit ins Ungleichgewicht kommt, denke ich immer mal wieder darüber nach. Aber dann versuche ich, mir Freiräume zu schaffen. Mein Ziel ist, die Gesellschaft zu verändern und würde ich das nur noch vom Schreibtisch aus versuchen, würde ich mir sicher auch vorwerfen, den eigenen Lebensanspruch verraten zu haben.

Worüber ist eine überzeugte Sozialistin auch im Kapitalismus glücklich?

W Wenn ich mit Menschen, die ich gern habe, in einem schönen Café in der Sonne sitze und die Seele baumeln lasse. Das ist für mich Glück. Oder wenn ich durchs Hochgebirge wandere und von einem Gipfel den wunderbaren Blick genieße. Im politischen Leben freue ich mich darüber, wenn mir Menschen in Briefen oder auch

auf Veranstaltungen zurückmelden, dass ich dazu beigetragen habe, sie aus Resignation und Frust herauszureißen, ihnen Mut zu machen. Oder auch, dass sie dank meiner Arbeit die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge besser verstanden haben. Dann habe ich das Gefühl, etwas erreicht zu haben.

Sie stehen seit Jahren unter Generalverdacht und wurden öffentlich mal als „schwarzhaarige Sirene“ oder „Neostalinistin“, mal als „rotes Teufelchen“ oder „Hummerkommunistin“ gebrandmarkt. Wie sieht Sahra Wagenknecht Sahra Wagenknecht?

W Vor allen Dingen wünsche ich mir, dass man mich als einen Menschen sieht, der trotz bestimmter Grundüberzeugungen natürlich auch immer noch ein suchender ist. Menschen, die mich kennen, wissen, dass wenn mir jemand – auch aus einem anderen politischen Lager – ein Argument präsentiert, von dem ich glaube, da könnte etwas dran sein, ich mich damit auseinandersetze. Und wenn ich zu dem Ergebnis komme, da gilt es an einem bestimmten Punkt meine Position zu korrigieren, tue ich das. Das ist grundsätzlich etwas, was ich mir in der Politik häufiger wünschen würde.

Wie sieht Ihr Feierabend heute aus?

W Heute ist ein schlechter Tag für einen Feierabend. Nach Ende des Sitzungstages im Bundestag fahre ich nach Essen zu einer Diskussionsveranstaltung. Vielleicht gehe ich danach noch etwas Gutes essen, aber insgesamt wird das eher ein unromantischer Feierabend.. Ende

SAHRA WAGENKNECHT ist seit Mai 2010 die stellvertretende Vorsitzende der Partei Die Linke. Seit Oktober 2009 sitzt sie im Deutschen Bundestag und fungiert als wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion. Ihr Studium der Philosophie und neuen deutschen Literatur schloss sie 1996 mit einer Arbeit über Hegel und Marx in Groningen ab.